



Die Mitteldorfstrasse soll umgestaltet werden. Einer der grossen Ausgabenposten in den nächsten Jahren. Bild: Nadja Rohner

Budget zurückgewiesen

Der Buchser Gemeinderat hat vom Parlament einen klaren Spar-Auftrag gefasst.

Nadja Rohner

Um 19.53 Uhr verkündete Einwohnerratspräsident Marc Jaisli: «Wir haben das Budget zurückgewiesen mit 27 zu 5 bei 3 Enthaltungen.» Der Gemeinderat muss nochmals über die Bücher. Den Voranschlag für 2025, der bei einem gleichbleibenden Steuerfuss von 118 Prozent ein Minus von 994'800 Franken vorsieht, akzeptiert der Einwohnerrat nicht.

Der Rückweisungsantrag war aus den Reihen der Finanz- und Geschäftsprüfungskommission (FGPK) gekommen. Schon dort hatten sowohl Andreas Burgherr (EVP) als auch Samuel Hasler (SVP) Anträge auf Rückweisung gestellt. Burgherr mit dem Ziel, das budgetierte Defizit auf 958'000 Franken zu reduzieren und gleichzeitig 40'000 Franken für eine Bevölkerungsbefragung einzustellen – man müsste also rund 77'000 Franken bei beliebigen Posten

einsparen. Hasler ging weiter: Er forderte Einsparungen im Umfang von 340'000 Franken und ebenfalls 40'000 Franken für die Umfrage.

In der Kommission obsiegte Burgherrs Antrag. Er begründete ihn damit, dass die Aufgaben- und Finanzplanung, die der Steuerfusserhöhung per 2024 (von 108 auf 118) zugrunde liegt, mit einem Defizit von 958'000 Franken für 2025 gerechnet habe. Man könne dem Volk jetzt, da die Steuererhöhung vollzogen ist, nicht plötzlich wieder ein höheres Defizit vorlegen.

«Es geht darum, zu zeigen: Wir setzen alles daran, um auf dem Kurs zu bleiben», sagte Burgherr gestern in der Einwohnerratsitzung. In den Diskussionen habe sich aber gezeigt, dass Sparanträge nicht so einfach seien – weil das Hintergrundwissen um Zusammenhänge und Abhängigkeiten fehle. Deshalb soll der Gemeinderat selber entscheiden, wo er

die Einsparungen vornehmen möchte. Er könne sich beispielsweise vorstellen, so Burgherr, dass man das Jugendfest redimensioniere, die Baumpflege auf Sicherheitsrelevantes reduziere, den Altersausflug in einer «Light-Variante» durchführe oder dass die Bibliothek halt mal ein Jahr lang keine neuen Bücher kaufe.

Mitte stellte sich gegen Rückweisung

Die Mitte, Partei von Finanz-Gemeinderätin Denise Zeller, wollte hingegen gar keine Rückweisung, sondern ein Budget beschliessen – mit konkreten, punktuellen Kürzungsanträgen. Man solle nicht «das Kind mit dem Bade ausschütten», so Heidi Niedermann.

Samuel Hasler stellte seinen Antrag auf eine Kürzung um über 300'000 Franken erneut. «Man kann aus der Zitrone noch mehr rauspressen», befand er. In der Gegenüberstellung ob-

siegte der Antrag Burgherr jedoch deutlich. Und in der Schlussabstimmung stellten sich einzig die Mitte geschlossen und einzelne andere Ratsmitglieder gegen die Rückweisung. Am 3. Dezember kommt das Budget erneut in den Einwohnerrat. In Buchs muss das Budget nur vors Volk, wenn am Steuerfuss eine Änderung vorgenommen wird.

Was die Umfrage betrifft, so soll sie jener aus dem Jahr 2017 entsprechen – damit man wisse, wie sich das Stimmungsbild verändert habe. Zusätzlich solle die Frage aufgenommen werden, ob eine Fusion oder eine engere Zusammenarbeit mit einer Nachbargemeinde gewünscht wird – und ob Einwohnerrat oder Gemeindeversammlung das Richtige ist. Die Umfrageergebnisse sollen dem Einwohnerrat eine Basis geben: «Es ist schwierig, zu politisieren, wenn man nicht weiss, worauf man sich stützen soll», so Burgherr.

Leserbriefe

Bitte Hausaufgaben machen

Bringt Schul-Referendum die Tagesschule in Gefahr?
Ausgabe vom 16. Oktober

Dank geschickter Konstruktion hat sich die im Jahre 2017 gegründete Kreisschule Aarau-Buchs (KSAB) in vielen Bereichen dem direktdemokratischen Einfluss entziehen können. Taktisch raffiniert deklariert der Schulvorstand gewisse Entscheide als «strategisch», womit dem Kreisschulrat die Hände gebunden sind; und das Volk hatte in all den Jahren sowieso kaum etwas zu sagen. Vor knapp einem Jahr hat dann die Ortsbürgergemeinde Aarau in einer demokratischen Abstimmung erstmals aufbegehrt, und sich der Umsetzung der von der KSAB ausgelösten Bestellung für eine Mammut-Schule in den Weg gestellt. Das Komitee «Aarau auf Kurs» war instrumental bei der Aufklärung der Bevölkerung.

Und nun folgt mit dem Referendum «Bildung statt Verwaltung» ein weiterer, längst überfälliger Demokratie-Weckruf. Der Schulvorstand brach sofort in Panik aus und versuchte, diesen demokratischen Prozess mit verschiedenen Störmanövern zu behindern. Es schlägt nun aber dem Fass den Boden aus, wenn der Geschäftsleiter das Referendumskomitee unter Zeitdruck setzen will mit seiner Behauptung, es sei für die KSAB von Vorteil, wenn die Unterschriften so bald wie möglich eingereicht würden. Wie wäre es, wenn die von ihm geführte Organisation endlich die vor mehr als einem Jahr eingereichte Anfrage «Vollkosten pro Schülerin und Schüler» beantworten würde? Es wäre für eine gut funktionierende Demokratie von grossem Vorteil, wenn die KSAB korrekt, transparent und vor allem auch zeitnah informieren würde. Also bitte, Hausaufgaben machen!
Christoph Müller, Einwohnerrat SVP, Aarau

Budget-Referendum hätte positive Folgen

Mit dem Ergreifen des Referendums gegen das Budget der KSAB haben eine Reihe von Aarauer und Buchser Bürgerinnen und Bürger ein legitimes und demokratisches Recht wahrgenommen um die steigenden Verwaltungskosten an Kreisschule zu korrigieren.

Es ist aber nicht zu verstehen, weshalb dadurch nun damit gedroht wird, dass wichtige Ausgaben – unter anderem für Schullager, nicht mehr getätigt werden können. Die KSAB wäre nicht die erste Behörde die am Anfang einer Amtsperiode ohne Budget dastehen würde und trotzdem weiter funktionieren würde. Zwingende Ausgaben können und müssen getätigt werden – dazu zählen vor allem jene zu Gunsten der Schülerinnen und Schüler. Skilager sind ein Beispiel welche auch in der Vergangenheit durchgeführt wurden wenn kein bewilligtes Budget vorlag. Weiter hat der Schulvorstand die Möglichkeit wichtige Ausgaben zugunsten der Schülerinnen und Schüler anlässlich der Kreisschulratssitzung im November ausserordentlich bewilligen zu lassen. Das Referendum hätte aber positiv zur Folge, dass die Notwendigkeit von Ausgaben kritischer hinterfragt und überlegter mit Geldern der Bürgerinnen und Bürger umgegangen wird.

Wir setzen uns mit dem Referendum zum vorgelegten Budget dafür ein, dass ein Budget zusammengestellt wird, welches in erster Linie die abnehmende Schulqualität verbessern und die steigenden Verwaltungskosten stollen soll – zugunsten der Schülerinnen und Schüler der Kreisschule!

Marius Stadther, ehemaliger Schulpfleger, Aarau;
Nina Suma, Grossratskandidatin FDP, Aarau

Pro-Komitee setzt sich für ein Ja ein

Die meisten Parteien stellen sich hinter das Projekt Aarauer-/Mitteldorfstrasse.

Nadja Rohner

Nachdem das Buchser Stimmvolk vor einem Monat die Kredite für das Schulraumprovisorium Gysimatte und den Dorfmetzg-Investorenwettbewerb abgelehnt hatte, übte Gemeindepräsident Urs Affolter Kritik – an jenen Parteien, die im Einwohnerrat klar Ja gesagt hatten zu den Vorlagen, sich danach aber am Abstimmungskampf nicht dafür einsetzen.

Das soll sich beim dritten grossen Wurf, dem Verpflichtungskredit über 7,478 Millionen Franken für die Neugestaltung von Mitteldorf- und Aarauerstrasse, nicht wiederholen. Deshalb haben Vertreterinnen und Vertreter von Mitte, EVP, FDP, GLP, SP und Grüne ein

Pro-Komitee gegründet. «Nachdem das Kreditbegehren für ein Schulhausprovisorium Gysimatte an der Urne unerwartet abgelehnt wurde, zeigt es sich umso mehr, dass eine klare und sachliche Information zu solch einem komplexen Geschäft unabdingbar ist.»

Ein Ja zum Kredit an der Urne (24. November) sei «unbedingt nötig», heisst es weiter in der Mitteilung. «Das Projekt ist sehr wichtig, damit Buchs in der Region als eine attraktive, lebenswerte Gemeinde wahrgenommen wird.» Ausserdem müsse Buchs voraussichtlich dank Bundesbeiträgen nicht ganz so viel zahlen.

Unter anderem betonen die Komitee-Mitglieder, dass für das Kantonsstrassen-Projekt keine weitere Steuererhöhung

notwendig sei: «Die Kosten sind im Steuerfuss von 118 Prozent einkalkuliert und im Aufgaben- und Finanzplan eingeplant.» Mit der «längst fälligen Umgestaltung» würde die Mobilität effizienter gestaltet (unter anderem durch Schaffung sicherer Fuss- und Radwege), der öffentliche Verkehr attraktiver gemacht (etwa durch Optimierung der Bushaltestellen) und auf dem ganzen Strassenabschnitt von 920 Metern ein lärmarmes Deckbelag eingebaut, argumentiert das Komitee.

Das Pro-Komitee plant am Samstagmorgen, 2. November, eine Standaktion im Dorfzentrum, um sich mit der Bevölkerung vor Ort über das Grossprojekt auszutauschen. Zudem findet am 11. November um 19 Uhr eine Info-Veranstaltung der Ge-

meinde im Gemeindegarten statt. Der Projektperimeter beginnt am Ortseingang von Buchs auf der Aarauerstrasse und endet beim Suhreübergang. «Die Aarauerstrasse soll zu einem lebendigen Zentrum entwickelt werden, das die Gemeinde positiv repräsentiert und eine attraktive Einkaufsstrasse wird», hatte der Gemeinderat in der Einwohnerratsbotschaft geschrieben. «Die Mitteldorfstrasse soll sich durch gezielte Baumpflanzungen zu einer verbindenden Achse zwischen der Kantonsstrasse und den öffentlichen sowie privaten Bereichen entwickeln und dabei das Zentrum der Gemeinde bilden.»

Der Einwohnerrat genehmigte den Kredit im Juni mit 23 Ja zu 6 Nein.

ANZEIGE

Jetzt FDP wählen!

Gehe wählen!

Liste 3

Wir wollen Staus reduzieren und ÖV-Verbindungen verbessern.

Grossratswahlen Bezirk Aarau